

**Unser Weg in die Zukunft –**

**SPD Duisburg**



**Kraft der  
Erneuerung.**

## Vorbericht

Nach der bitteren Wahlniederlage bei der Kommunalwahl am 26. September und dem Verlust der Position der Oberbürgermeisterin hat auf allen Ebenen der Duisburger SPD eine intensive Diskussion über die Ursachen der Wahlniederlage eingesetzt, aber auch darüber, welche Folgerungen für die Zukunft daraus zu ziehen sind. Erste Stellungnahmen von Gisela Walsken und Petra Weis sowie der Jungsozialisten führten nach Diskussion im Unterbezirksvorstand zu einem Diskussionspapier des Duisburger Unterbezirksvorstandes (29. 11. 2004), verfasst von Hartmut Pietsch und Gisela Walsken, das die Grundlage für eine intensive Diskussion in 6 Bezirkskonferenzen, offen für alle Mitglieder der jeweiligen Stadtbezirke, gewesen ist. Die Protokolle dieser Bezirkskonferenzen wurden die Grundlage einer Überarbeitung des UB-Diskussionspapiers.

Parallel zu diesem Diskussionsprozess meldeten sich einzelne Mitglieder und Parteigliederungen mit eigenen Stellungnahmen zu Wort. Dies waren Altoberbürgermeister Josef Krings, Jürgen Dressler und Dirk Smaczny, der Ortsverein Schmidthorst-Neumühl, die Juso-AG Duisern, der Ortsverein Duisern, der Ortsverein Beeck, Albert Stockebrand für die Ortsvereine Bissingheim und Wedau sowie der Ortsverein Walsum.

Auch diese Beiträge sind in die Überarbeitung des Diskussionspapiers des Unterbezirksvorstandes eingeflossen.

Die Redaktionskonferenz am 2. März 2005 legt als Ergebnis dieses Diskussionsprozesses den beiliegenden Entwurf „SPD Duisburg – unser Weg in die Zukunft“ dem Unterbezirksparteitag am 18. März zur Beschlussfassung vor.

Einige Gedanken, die in die Diskussion eingebracht wurden, sind grundsätzlicher Art und seien deshalb hier vorangestellt.

Josef Krings verweist auf die Bedeutung einer „**kommunalen Außenpolitik**“ in Duisburg. Aus den Beziehungen zum Ruhrgebiet, zum Niederrhein, in die Region Rhein/Waal, zur Rheinschiene bis hin nach Rotterdam, Amsterdam und Antwerpen ergibt sich zwingend eine nach außen gerichtete Grundorientierung der Kommunalpolitik, die Weltoffenheit und Toleranz zum Grundsatz macht. Dabei werden die globalen

Beziehungen, in Duisburg traditionell gewachsen durch Städtepartnerschaften, immer wichtiger.

In unserer Stadt leben fast 80 000 Menschen aus allen Nationen dieser Welt. Deshalb muss der **Gedanke der Integration** ein grundsätzlicher Bezugspunkt der SPD-Kommunalpolitik sein. So wie es der SPD-geführten Kommunalpolitik in der Vergangenheit gelungen ist, trotz erkennbarer sozialer Spannungen den Weg des friedlichen Miteinanders in Duisburg zu garantieren, so muss dies in Zukunft Leitbild des kommunalpolitischen Handelns sein. Josef Krings mahnt an, dass dieser Grundsatz auch ablesbar sein muss durch eigenes Handeln, z.B. durch Berücksichtigung von Kandidaten/Innen für Rat und Bezirk mit Migrantenhintergrund.

Josef Krings unterstreicht, dass die **kommunalpolitische Bedeutung der Universität** - eine der wichtigsten bildungspolitischen Fortschritte der Nachkriegszeit - wieder stärker gesehen und durch konkrete Maßnahmen aktiviert werden muss, dies umso mehr, als sich die regionalen Bindungen nach der Fusion Duisburg-Essen eher noch schwieriger gestalten.

Jürgen Dressler und Dirk Smaczny geben zu bedenken, dass der **unmittelbare Bezug zur Bürgerschaft** Leitbild einer SPD-Kommunalpolitik sein muss. In die Entwicklung unserer Politik muss die unmittelbare Mitwirkung der Bürger/Innen und bürgerschaftlicher Gruppen eingebaut werden. In der politischen Bedeutung müsse eine Umkehr der Bedeutungshierarchie erfolgen – die **Stadtteilorientierung** soll in der SPD-Kommunalpolitik und Stadtentwicklungspolitik eine viel größere Bedeutung und Wertigkeit erhalten.

## **Ausgangssituation**

Bei den Kommunalwahlen am 26. September 2004 hat die Duisburger SPD mit 38 % (66442 Stimmen) ihr historisch niedrigstes Wahlergebnis seit 56 Jahren errungen. Damit ist es ihr schon zum zweiten Mal hintereinander nicht gelungen, die Duisburger und Duisburgerinnen mehrheitlich zu einer Stimmabgabe für die SPD zu gewinnen. Unsere Partei hat damit innerhalb von 10 Jahren rund 20 % Stimmenanteile und 18 Ratssitze verloren. Obwohl wir stärkste Fraktion sind, fehlt uns die Mehrheit zur Politikgestaltung.

Auch in vier von sieben Stadtbezirken haben wir keine gestalterische Mehrheit mit anderen Fraktionen bilden können. Hinzu kommt der Verlust des Amtes der Oberbürgermeisterin.

**Zum ersten Mal seit 56 Jahren hat die Duisburger SPD ihren bestimmenden Einfluss auf die Duisburger Kommunalpolitik verloren.**

Diese Analyse geht von der Überzeugung aus, dass Duisburg nach wie vor eine ihrer Struktur nach SPD-nahe Stadt ist und die SPD hier strukturell mehrheitsfähig ist. Noch bei der Bundestagswahl 2002 haben 60% der Duisburger Bürger und Bürgerinnen SPD gewählt (151 479 Erststimmen). Daraus folgt, dass die Duisburger SPD vor der klaren Aufgabe steht, sich inhaltlich, personell und organisatorisch so aufzustellen, dass sie bei den nächsten Wahlen ihr Wählerpotenzial erschließen und nach der Kommunalwahl in 5 Jahren wieder zur bestimmenden Kraft in Duisburg werden kann.

**Duisburg muss wieder eine SPD-Stadt werden.**

Auf diesem Weg müssen wir die Ergebnisse der Parteienforschung (Abschwächung des Stammwählerpotenzials der großen Parteien/ Stärkung der Randparteien/ größere Wechselbereitschaft) in unsere Überlegungen einbeziehen.

Unter den Ursachen, die zum Kommunalwahlergebnis von 2004 geführt haben, sind solche, die sich auf die Situation des Wahljahres 2004 beziehen und die sich aus den aktuellen Problemen der Kommunalpolitik ableiten, aber auch solche, die schon länger wirken und die den Wandel in der Bevölkerungsstruktur und in der Duisburger SPD betreffen.

Es ist unsere Absicht, die Ursachen der Wahlniederlage 2004 zu beschreiben, vor allem aber den Blick in die Zukunft zu lenken und diejenigen Veränderungen einzuleiten, die die Duisburger SPD zukunftsfähig machen.

#### Ursachen der Wahlniederlage 2004

1. Zwischen den bundesweit schlechten Umfrageergebnissen für die SPD im Wahlmonat - bedingt besonders durch die Hartz-IV-Diskussion und Vermittlungsprobleme der Bundespolitik - und dem tatsächlichen Kommunalwahlergebnis in Duisburg existiert ein Zusammenhang. Der Ausgang der Ratswahlen und der Wahlen zu den Bezirksvertretungen ist in Teilen auf den schlechten Bundestrend zurückzuführen. Der Vergleich mit dem landesweiten SPD-Ergebnis zeigt aber ebenso unmissverständlich, dass jeder Minuspunkt über dem landesdurchschnittlichen Verlust von 2,2 Prozent „hausgemachte“ Ursachen haben muss.

2. Oberbürgermeisterin Bärbel Zieling war das öffentlich wahrnehmbare Gesicht der Duisburger SPD. Wir wissen inzwischen, dass unsere Oberbürgermeisterin den 1999 erlangten Vertrauensvorsprung nicht rechtfertigen konnte, weil sich ihr Image im wesentlichen auf das einer „technokratischen Macherin“ beschränkte, alle weiteren für die Amtsführung so wichtigen Eigenschaften wie kommunikative Kompetenz, regionale und überregionale Präsenz und Einflussnahme und die sprichwörtliche Bürgernähe dagegen vermisst wurden. Deshalb konnte das Wahlziel trotz des hohen persönlichen Einsatzes von Bärbel Zieling nicht erreicht werden.

Klar ist aber auch: Nicht das Handeln eines Einzelnen bewirkt einen Wahlsieg oder eine Wahlniederlage. Deshalb müssen die Rolle des Verwaltungsvorstandes, von Fraktion und Fraktionsvorstand sowie von Partei- und Parteivorstand in die kritische Analyse einbezogen werden.

3. Die Konzentration der Kommunalpolitik und der öffentlichen Darstellung auf die sog. Leuchtturmprojekte wie Urbanum, Buga, World Games und Multi Casa hat Themen, in denen die SPD in Duisburg Kompetenz bewiesen hat (z. B. in der Wohnungs-, Sport-, Sozial-, Jugend- und Integrationspolitik), in den Hintergrund treten lassen.

Unterschätzt wurde die Bedeutung bezirksbezogener Themen. Diese Themen gingen im Wahlkampf unter. Unbestreitbare Erfolge der Ära Zielsing – z. B. Logport, Innenhafen, Ikea, Infineon, Kindermuseum, Schulsanierung – konnten ebenso nicht ins Bewusstsein gehoben werden.

4. Entscheidungen im Wahljahr in wesentlichen Projekten wie BUGA, World Games, Multi Casa, Personalentscheidungen, vor allem aber die Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Urbanum, wurden dem Verwaltungsvorstand und der Oberbürgermeisterin als Scheitern oder Managementfehler angerechnet. Das Scheitern vor allem des Projektes „Urbanum“ war auch ein Symbol für das Scheitern der örtlichen SPD. Dies wurde auf dem Stimmzettel ausgedrückt.

5. Im Rückblick aus einigem zeitlichen Abstand wird deutlicher: Es hat auf allen Ebenen Probleme in der politischen Kommunikation gegeben.

Dies gilt einerseits zwischen Verwaltungsspitze und Fraktion, andererseits zwischen Fraktion und Partei. Entscheidungen der Verwaltungsspitze waren nicht transparent, weder für Partei noch Fraktion; zur Entscheidungsfindung wichtige Informationen wurden nicht transportiert, Handlungsalternativen nicht aufgezeigt.

Dies hat letztlich dazu geführt, dass Fehler und Misserfolge weder durch ein Frühwarnsystem vermieden noch durch ein entsprechendes Krisenmanagement in ihren politischen Folgen und in ihrer öffentlichen Wirkung abgemildert werden konnten. Gegenüber der Öffentlichkeit dominierte ein Stil der Politikverkündung. Schwierigkeiten bei den Projekten wurden nicht ehrlich kommuniziert. Der aktive Dialog mit der Presse und repräsentativen Teilen der Bürgerschaft fand nicht statt. Leistungen wurden schlecht oder gar nicht verkauft.

6. Probleme der politischen Kommunikation gab es aber auch in Fraktion und Partei. Beide haben zu wenig inhaltliches und personelles Profil entwickelt. Die Selbstverpflichtung auf die unbedingte Unterstützung des „Regierungskurses“ hat dazu geführt, dass Partei und Fraktion weder als konstruktive, kreative Akteure noch als Korrektiv wahrgenommen wurden. In Partei und Fraktion herrschte eine mangelnde Diskussionskultur. Auf der Fraktionsseite ist zu wenig diskutiert worden. Querdenken wurde zu wenig Raum gelassen. Partei und Fraktion haben sich z. T. abgeschottet und waren beratungsresistent. Eine zentrale Politikentscheidung wie der Bruch der Zusammenarbeit mit den Grünen hätte in der breiten Parteiöffentlichkeit diskutiert und entschieden werden müssen.

Die Pressearbeit zur Gestaltung eines eigenen Profils war nicht ausreichend. Der Verzicht auf einen Duisburg-Plan bzw. eine sonstige substanzielle und visionäre Programmatik war ein Fehler. Für Parteimitglieder, aber auch für die Bevölkerung war nicht erkennbar, welche Zukunftsperspektiven wir den Bürgerinnen und Bürgern in unserer Stadt aufzeigen. Ein programmatisches Profil der Partei ist nicht entstanden

7. Die Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften haben - mit wenigen Ausnahmen - einen engagierten Wahlkampf mit hohem personellen Einsatz geführt. Trotzdem hat es in einigen Stadtteilen - wie im Europawahlkampf schon wahrnehmbar - Plakatierungs- und Verteilungsschwächen gegeben.

8. Die Kampagne der SPD konnte nicht greifen. Sie war teilweise kontraproduktiv (Wahlbroschüre mit Urbanum!) und wirkte zersplittert. Die CDU hatte einen Kopf und eine zentrale Botschaft.

9. Organisationskraft und Dynamik der Partei haben im letzten Jahrzehnt nachgelassen, ebenso die Verankerung in Verbänden, Vereinen und weiteren gesellschaftlichen Zielgruppen. Die gilt besonders auch für die Betriebe und die Jugendorganisationen. Obwohl diese Probleme vielfach gesehen wurden, ist zu wenig dagegen unternommen worden.

10. Der Findungsprozess für die Führungspositionen in Partei und Fraktion ist mangelhaft. Über ein Jahrzehnt herrschte der Eindruck vor, dass in vielen Fällen nicht die politische Leistung, das politische Talent oder die fachliche Kompetenz für die Benennung für ein öffentliches Amt oder Mandat ausschlaggebend sind, sondern die Zugehörigkeit zu parteiinternen Zirkeln. Wir haben uns viel zu sehr mit uns selbst beschäftigt, statt uns auf die Themen und Probleme zu konzentrieren, die die Menschen in unserer Stadt bewegen.

Aus diesen Faktoren resultierte ein Vertrauensverlust in der Bürgerschaft, der uns neben den strukturellen Veränderungen in der Stadt und in der Region die Mehrheitsfähigkeit gekostet hat. Der Einschnitt, den wir durch das Wahlergebnis erfahren haben, ist gravierend. Wir wollen die Chance nutzen, in der Opposition auf der Basis einer schonungslosen Analyse den Weg zu neuer Stärke zu gehen.

## **Konsequenzen**

Die wichtigste Schlussfolgerung auf der Basis dieser Analyse ist der Auftrag an uns alle, uns inhaltlich, personell und organisatorisch so zu positionieren, dass wir möglichst schnell als Alternative zur jetzigen Ratsmehrheit erkennbar werden. Offenheit, Vertrauen, Glaubwürdigkeit und Professionalität haben dabei Richtschnur unseres Handelns zu sein. In diesem Sinne brauchen wir eine neue politische Kultur!

Unsere neue Rolle als konstruktive Opposition stellt besondere Anforderungen an die Arbeitsweise von Partei und Fraktion. Wir verstehen die momentane Situation als Ausgangspunkt für eine an eigenen Ideen und Initiativen orientierte, in enger Abstimmung mit allen Ebenen der Partei, der Fraktionen im Rat und in den Bezirksvertretungen abgestimmte politische Offensive mit dem Ziel, die Mehrheit im Rat und in den Bezirksvertretungen und damit die gestaltende Kraft in Duisburg zurück zu gewinnen.

Basisnähe, Transparenz, Diskussionsfreude und dann selbstverständlich die solidarische Vertretung der auf einer breiten Willensbildung erzielten Ergebnisse und Beschlüsse nach innen und nach außen sind die Grundlagen unserer politischen Arbeit. Diese Selbstverpflichtung gilt für uns alle!

### **Was wir wollen:**

#### **1. Wir analysieren die Schwächen des Wahlkampfes und entwickeln ein Grundkonzept für die Folgewahlkämpfe:**

Inwieweit wahlkampfstrategische- und taktische Fehler für das Kommunalwahlergebnis entscheidend gewesen sind, ist bisher nicht objektiv bewertet worden. Hier bedarf es der genauen Untersuchung. Zu diesem Zweck wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die aus Mitgliedern des UBV, UBA und der Ortsvereine besteht. Bis Herbst 2005 wird eine fundierte Analyse mit Handlungsvorschlägen erstellt und dem UB als Bericht vorgelegt. Die AG wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

Der Ablauf des Landtagswahlkampfes 2005 wird in die Analyse einbezogen.

Die Arbeitsgruppe beantwortet Fragestellungen, wie sie in der Wahlkampfkritik aufgeworfen wurden:

Wer soll für die Planung und Durchführung des Wahlkampfes verantwortlich sein? Mit welchen Kontrollen und Hilfen werden Schwächen an einzelnen Punkten im Wahlkampf erkannt und ausgeglichen? Welche Unterstützung gibt das Parteibüro im Wahlkampf?

Wie wird die kurzfristige Handlungsfähigkeit bei unerwarteten Wendungen sichergestellt? Welche Rolle spielt die Personalisierung im Wahlkampf? Welche Rolle Themenplakate? Welche Rolle Zielgruppen?

Wie kann/soll die „Vor-Ort- Perspektive“ im Wahlkampf einfließen?

Die Arbeitsgruppe sollte parallel die erfolgreichen Wahlkämpfe in anderen Städten Nordrhein-Westfalens (z. B. Gelsenkirchen, Dortmund, Bonn, Mönchengladbach) auswerten mit dem Ziel, erfolgreiche Ideen und Instrumente für unsere Arbeit nutzbar zu machen.

## **2. Wir verbessern die Parteiarbeit**

Leitpunkte in der Entwicklung der Parteiarbeit müssen sein: Eine offene Diskussionskultur auf allen Ebenen, die die sachlichen Kontroversen aufzeigt. Bürgernähe, die sich äußert im Vertreten der Bürgeranliegen vor Ort und in der personellen Präsenz vor Ort und in den Vereinen.

Die Duisburger SPD knüpft an die Ergebnisse der Arbeitsgruppe "Modernisierung der Parteiarbeit" an, überprüft die damals getroffenen Vereinbarungen und macht unter Beteiligung der Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften Vorschläge zur Weiterentwicklung des Reformprozesses.

Folgende Anregungen sollen verfolgt werden:

### *Die Geschäftsstelle*

Die Serviceleistungen der Parteibüros müssen neu definiert werden (z. B. Öffnungszeiten).

Beim UB-Büro wird ein Referenten-Pool gepflegt. Der Unterbezirksvorstand wird beauftragt, den Umzug der Geschäftsstelle in eine repräsentative, verkehrsmäßig gut angebundene, von der Öffentlichkeit frequentierte Örtlichkeit in der City zu prüfen. In der "neuen" Geschäftsstelle ist ein "Front Office" mit regelmäßigen Sprechstunden der Mandatsträger einzurichten, das als Anlaufstelle für Bürgeranliegen fungieren soll. Zudem soll die Geschäftsstelle als Infobörse und Dienstleister für die Ortsvereine und Parteimitglieder und deren Arbeit dienen sowie diese sachkundig beraten.

*Die Öffentlichkeitsarbeit:*

Die UB-Homepage muss fortentwickelt werden, ebenso die Auftritte einzelner Ortsvereine.

Es wird empfohlen, Zielvereinbarungen mit den Mandatsträgern in BV und Rat über die Öffentlichkeitsarbeit abzuschließen. Die regelmäßige Überprüfung erfolgt in den Parteigremien.

*Die Ortsvereine:*

Die Ortsvereine erstellen Jahresplanungen. Dafür werden Eckpunkte erarbeitet (z.B. Mitgliederversammlungen, Vorstandstermine, öffentliche Aktionen, Bürgersprechstunden).

Die Ortsvereine (und der Unterbezirk) entwickeln ein langfristiges Konzept zur Kontaktaufnahme und Kontaktpflege zu Duisburger Vereinen, Verbänden, Institutionen, Organisationen, Initiativen, Gewerkschaften und Unternehmen. Dazu sind verstärkt Veranstaltungen durchzuführen, die auch nicht organisierten Bürgerinnen und Bürgern zugänglich sein müssen. Die Mitglieder unterstützen diesen Prozess durch ständige Anregungen und Kontaktvermittlung.

Es wird angeregt, dass sich Ortsvereine auf bestimmte politische Schwerpunkte konzentrieren und dabei Entwicklungsarbeit in politischen Fragestellungen für die Gesamtpartei leisten.

Wir entwickeln für die Ortsvereine und zwischen den Ortsvereinen ein Coaching-System. Die Ortsvereinsvorstände verpflichten sich, das Thema Mitgliederwerbung zu einem dauerhaften Punkt auf ihren Tagesordnungen zu machen. Zur verstärkten Mitgliederwerbung müssen Hilfen bereitgestellt werden.

#### *UB-Ausschuss:*

Der UB-Ausschuss wird aktiviert. Hier sollen in Zukunft wieder echte Vorentscheidungen der Partei getroffen werden. Unterbezirksvorstand und Ratsfraktion berichten regelmäßig über wichtige Entwicklungen. Der UB-Ausschuss tagt mindestens alle 2 Monate.

#### *UB-Parteitage:*

Parteitage müssen ein Forum für das Leben in der Partei sein. Sie sollen eine stärkere inhaltliche Ausrichtung bekommen. Andere Arbeitsformen (Diskussionsforen) auf den Parteitagen sollen eingeplant werden. Dafür können Termine auch an Wochenenden vorgesehen werden.

Es muss darauf geachtet werden, dass sich Beruf und Ehrenamt zeitlich vereinbaren lassen.

#### *Bildungsarbeit:*

Es muss vorrangiges Ziel sein, die Kompetenz der Mandatsträger, Funktionäre und Mitglieder zu stärken. Ein Qualifizierungsprogramm muss, ähnlich der Nachwuchsförderung, aufgebaut werden. Für die Bildungsarbeit in Duisburg wird eine Jahresplanung mit dieser Zielrichtung aufgestellt und vom Unterbezirksvorstand beschlossen.

Es sollen zeitnahe parteiinterne Schulungen zu aktuellen Themen angeboten werden, unter Rückgriff auf parteiinterne Experten.

### **3. Wir organisieren die Opposition**

Die neue Rolle der Duisburger SPD als konstruktive Opposition im Rat und in der Mehrzahl der Bezirksvertretungen stellt uns vor neue Herausforderungen. Wir brauchen eine neue Aufgabenteilung zwischen der Partei und ihren Gliederungen, Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften sowie den Fraktionen im Rat und in den Bezirksvertretungen.

Die Ratsfraktion erarbeitet in Zusammenarbeit mit dem Unterbezirksvorstand Eckpunkte einer Oppositionsstrategie.

Für die Entwicklung in der Ratsfraktion ist insbesondere zu beachten:

Das Verhältnis zur Verwaltung muss professionell, sachlich und selbstbewusst werden. Entscheidungen müssen transparenter werden. Die Fraktion braucht eine Streitkultur.

Zur Organisation der Opposition gehört auch die Identifikation mit Verantwortlichen, die für bestimmte Sachbereiche zuständig sind. Die Politik der SPD muss auch mit "Gesichtern" verbunden werden.

Wir brauchen darüber hinaus eine thematische Zuspitzung, um als Alternative zu Schwarz-Grün erkennbar zu sein, aber auch die Beschäftigung mit Problemen, die die Bevölkerung nachweislich bewegen, von der jetzigen Ratmehrheit aber vernachlässigt werden.

Die Verknüpfung der Politik der Ratsfraktion und der Bezirke muss themenbezogen verbessert werden. Es wird ein Arbeitskreis "SPD in den Bezirken/Bezirksvertretungen" eingerichtet, der die SPD-Politik auf der Ebene der Bezirke und der Gesamtstadt regelmäßig und zuverlässig koordiniert.

In die Arbeit der Facharbeitskreise sind stärker kompetente Mitglieder und Fachberater, die nicht den Gremien angehören, einzubeziehen.

Öffentlichkeitsarbeit:

Die Fraktion informiert die interessierten Parteimitglieder und die Öffentlichkeit unter Einbeziehung der neuen Kommunikationsmöglichkeiten regelmäßig über die wichtigsten aktuellen Beratungsgegenstände und Entscheidungen.

Unterbezirksvorstand und Ratsfraktion unterrichten die Öffentlichkeit regelmäßig über ihre Aktivitäten in Form von Pressegesprächen und -konferenzen. In dieses Konzept sind auch die Mandats- und Funktionsträger/innen der überörtlichen Ebenen sowie der Bezirksebene einzubeziehen.

#### **4. Wir entwickeln die Zukunft Duisburgs**

Die Entwicklung der politischen Positionen der Partei und Fraktion erfolgt in zwei Schritten

1. Sofortprogramm (ausgearbeitet von einer kleinen Kommission aus Vertretern von UBV, Fraktion, Ortsvereinen)

2. Entwicklung von Grundsatzpositionen, die in einen Duisburg-Plan 2009 münden.

Dabei ist wichtig: Die Identität der SPD als soziale Partei muss wieder Konturen gewinnen, über unsere Adressaten in der Gesellschaft (Zielgruppen) müssen wir uns klar werden.

Für die Entwicklung der SPD-Positionen mit konkretem Hinblick auf das politische Handeln in Duisburg werden Zukunftsforen eingerichtet. Sie werden verantwortlich von je einem Mitglied der Ratsfraktion und des Unterbezirksvorstandes geleitet. In ihnen arbeiten fachlich interessierte Mitglieder, Mitglieder der Ratsfraktion, der Bezirke, der Ortsvereine und Fachleute mit. Themenbereiche sind in Abstimmung mit dem UBA und UBV festzulegen (Stadtentwicklung, Jugend, Bildungspolitik, Arbeit und Soziales, Umweltpolitik, Kultur, Integration, Sport). In den Foren gehen bestehende Sonderarbeitskreise auf. Die Foren geben sich einen Arbeitsplan und berichten über ihre Ergebnisse. Sie formulieren Anträge.

Während diese Zukunftsforen kontinuierlich arbeiten, werden zusätzlich nach Bedarf themenbezogene Einzelforen einberufen, in denen die aktuell wichtigen Themen öffentlichkeitswirksam bearbeitet werden.

## **5. Wir stellen uns personell zukunftsfähig auf**

Die Bedeutung einer systematischen personellen Entwicklung für die Zukunft unserer Partei ist unbestritten. Um dieses Ziel künftig koordiniert zu verfolgen, wird eine Personalfindungskommission gebildet, der die Parteivorsitzenden und weitere ebenfalls unabhängige nicht in Kandidaturen involvierte Mitglieder angehören. Sie bereitet anstehende Personalentscheidungen vor. Sie erarbeitet einen Vorschlag für die nächste Ratsliste und den/die Spitzenkandidaten/Innen. Die Ortsvereine formulieren in den nächsten zwei Jahren ihre Vorstellungen, wie sie sich für die nächste Kommunalwahl aufstellen wollen.

Folgende Grundsätze sind zu beachten:

Die Kandidatenfindung ist ein dialogischer Prozess. Ortsvereine, Bezirke und Gesamtpartei arbeiten zusammen daran, sich personell zukunftsfähig aufzustellen.

Schwerpunkt für die Profilierung und Findung der Kandidatinnen und Kandidaten sowie die Nominierung des Direktkandidaten/der Direktkandidatin bleibt auch in Zukunft der Ortsverein.

Die Ortsvereine sind aufgefordert, möglichst früh Nachwuchskräfte in die politische Arbeit einzubinden und so qualifizierte junge Mitglieder auf spätere Mandate und Funktionen vorzubereiten.

Durch Mentorenprogramme und die Schaffung von Beraterfunktionen in Ratsfraktion, den Bezirksvertretungen und Arbeitskreisen sollen junge Mitglieder schon früh Einblick in die politische Alltagspraxis gewinnen und entsprechende Erfahrungen sammeln.

Es soll möglich werden, dass ein Ortsverein einen Kandidaten/eine Kandidatin nominiert, der/die einem anderen Ortsverein angehört.

Für die Nominierung auf der Reserveliste werden Kriterien erarbeitet, an denen sich die Personalentwicklungskommission orientiert. Diese sollen 2 Jahre vor der Nominierung feststehen.

Für unsere künftigen Kandidatinnen und Kandidaten wünschen wir uns: Fachkompetenz und Außenwirkung, Profil in der bisherigen politischen und beruflichen Arbeit (Können, Kreativität, Fantasie, Intelligenz und Ausstrahlung). Auch Kandidaten/Innen mit Migrationshintergrund sollen berücksichtigt werden. Die Kandidatur von ausgewiesenen Fachleuten, auch wenn sie kein oder kein engeres Engagement in der Partei aufweisen, soll möglich sein. Jüngere Kandidatinnen und Kandidaten sollen angemessen berücksichtigt werden.

## **6. Wir laden ein**

Die Neuaufstellung der Duisburger SPD kann nur gelingen, wenn dieser Prozess eingebettet ist in die offene Diskussion mit den Duisburger Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb laden wir die Öffentlichkeit zum kritischen Dialog ein. Diese Mitarbeit soll aber auch aus der Nähe erfolgen. Deshalb gilt: Je mehr diskussionsbereite und engagierte Mitglieder wir neu gewinnen, desto besser werden wir für die Zukunft Duisburgs arbeiten können.

## **7. Wir steuern den Reformprozess**

Durch die Umsetzung dieses Programms werden wir uns schnellstmöglich als inhaltlich, strategisch, organisatorisch und personell erneuerte politische Kraft in Duisburg ausweisen. Gleichzeitig verpflichten wir uns, Einzel- und Gruppeninteressen dem Ziel unterzuordnen, die politische Mehrheit und die Position des Oberbürgermeisters/der Oberbürgermeisterin zurück zu gewinnen.

Über den in diesem Programm angestoßenen Erneuerungsprozess werden wir uns Anfang 2007 Rechenschaft geben.